

# Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Vorstösse nach Sachgebieten (Teil 1)

Gemäss Artikel 144 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes (SR 171.10) gibt der Bundesrat bis zum Beginn der letzten ordentlichen Session des Jahres seine Jahresziele für das nächste Jahr bekannt. Diese sind auf die Legislaturplanung abgestimmt.

Wie der Bundesrat im Bericht über die Legislaturplanung 2003 bis 2007 dargelegt hat, sind für ihn drei politische Leitlinien (oder Körbe) zentral: Er will den Wohlstand der Schweiz vermehren und die Nachhaltigkeit sichern, die sich abzeichnenden demografischen Herausforderungen schrittweise bewältigen und die Stellung der Schweiz in der Welt festigen.

Für jeden dieser Körbe hat er Ziele (oder Geschäfte) vorgegeben, die er nach Sachgebieten geordnet (oder in Dossiers zusammengefasst) in den Jahreszielen konkretisiert. Auf Ende Jahr werden die Jahresziele einem Soll-Ist-Vergleich unterzogen. Zudem lässt der Bundesrat die Berichte über die Geschäftsführung erstellen, die er jeweils in der Frühjahrssession von der Bundesversammlung genehmigen lässt (Art. 144 Abs. 2 und Art. 145 Abs. 2 Parlamentsgesetz).

In der folgenden Aufstellung werden den verschiedenen Dossiers je ein entsprechender (sachbezogener) parlamentarischer Vorstoss (siehe auch Kasten), der im Laufe dieses Jahres eingereicht und vom Bundesrat beantwortet wurde, zugeordnet.

## Korb 1 Den Wohlstand vermehren und die Nachhaltigkeit sichern

### Dossier 1: Forschung und Bildung<sup>1</sup>

■ Die Bildung und die Forschung stärken

#### <sup>1</sup> Motion (06.3282) von Ständerat Carlo Schmid-Sutter (CVP/AI) zu Bildungsdepartement

Worum es geht: Der Bundesrat wird eingeladen, im Rahmen der anstehenden Departementsreorganisation zusätzliche Verwaltungsstellen neu zu schaffen, damit das gesamte Bildungswesen von diesem Departement abgedeckt werden kann.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Er wird die möglichen Auswirkungen des neuen Bildungsrahmenartikels auf den Bund bei der Überprüfung der Aufgaben und Stellenbestände im Rahmen der

Aufgabenneuverteilung zwischen den Departementen und Bundesämtern berücksichtigen. Die Schaffung neuer Stellen kann erst ins Auge gefasst werden, wenn die Ergebnisse dieser Arbeiten vorliegen.

### Dossier 2: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

■ Die staatlichen Hemmnisse vermindern, mehr Wettbewerb auf dem Binnenmarkt<sup>2</sup>

■ Das Vertrauen in die Wirtschaft stärken.<sup>3</sup>

#### <sup>2</sup> Interpellation (06.3237) von Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP/TG) zu Wettbewerbskommission. Organisationsstruktur

Worum es geht: Die Wettbewerbskommission (Weko) ist in ihrer heutigen Zusammensetzung offenbar nicht in der Lage, das Kartellgesetz effizient anzuwenden. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zur Evaluierung einer Restrukturierung der Weko einzusetzen.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat misst einer wirkungsvollen Anwendung des Kartellgesetzes grosse Bedeutung zu. Artikel 59a Kartellgesetz sieht u. a. vor, dass der Bundesrat die Wirkungen des revidierten Gesetzes evaluiert und dem Parlament bis spätestens 2009 Bericht erstattet. Diese Evaluation wird er mit den betroffenen Kreisen, namentlich der Wirtschaft, vornehmen.

#### <sup>3</sup> Postulat (06.3333) von Nationalrat Jean-Noël Rey (SP/VS) zu Clusters in der Wirtschaftsförderung

Worum es geht: Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Bericht über die Schaffung von Clustern auf nationaler und auf regionaler Ebene vorzulegen.

Gemäss dem amerikanischen Ökonomen Michael E. Porter sind nicht einzelne Unternehmen erfolgreich, sondern die sogenannten Cluster, die aus Lieferanten, Kundinnen und Kunden, verwandten Tätigkeitsbereichen und Bildungs- und Forschungsinstitutionen bestehen, in denen Informationen, Know-how und Technologien ausgetauscht werden und in denen sich alle gegenseitig unterstützen und stärken. Ein gutes Beispiel eines solchen Netzwerkes ist der Informationstechnologie-Cluster in den USA, der Computer, Software, E-Mail, Datenbanken und viele andere Bereiche vereint.

Die Botschaft des Bundesrates vom 16. November 2005 zur

## Statistik über die Eingabe parlamentarischer Vorstösse

In den letzten vier Jahren reichten die Mitglieder des National- und Ständerates insgesamt 5064 parlamentarische Vorstösse ein, nämlich:

309 parlamentarische Initiativen, 1060 Motionen, 630 Postulate, 74 Empfehlungen, 1296 Interpellationen, 642 Anfragen und 1053 schriftliche Fragen im Rahmen der Fragestunden des Nationalrates. Das ergibt einen Durchschnitt von 20 Vorstössen pro Mitglied des Parlaments, wobei einzelne auf das Doppelte bis Dreifache und sogar noch mehr kommen.

(Gemäss Der Bund kurz erklärt, 2006; Publikation der Bundeskanzlei)

neuen Regionalpolitik geht auf die Einzelheiten eines solchen Projektes ein. Gemäss Nationalrat Rey soll das vorgesehene Konzept auf die gesamte Schweizer Wirtschaft ausgeweitet werden. Damit erhielten Bund und Kantone ein wirksames Instrument, mit dem sie – sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene – Wirtschaftsförderungsmassnahmen gezielter einsetzen könnten.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat nimmt das Postulat an.

### Dossier 3: Finanzen und Bundeshaushalt

■ Den Ausgleich des Bundeshaushalts dauerhaft sichern<sup>4</sup>

■ Die Steuerreformen weiterführen.<sup>5</sup>

#### <sup>4</sup> Motion (06.3044) Nationalrat Filippo Leutenegger (FDP/ZH) zu Kostenwahrheit in den Bundesfinanzen

Worum es geht: Für 2006 hat das Parlament ein Budget mit einem Defizit der Finanzrechnung von rund 600 Millionen Franken verabschiedet. Tatsächlich werden die Defizite wichtiger Bundesinstitutionen mit eigener Rechnung (AHV-Ausgleichsfonds, ALV, FinöV-Fonds usw.) um ein Vielfaches höher sein und rund sechs Milliarden Franken betragen. Die Verschuldung des Bundes nimmt stetig zu. Sie hat seit Inkrafttreten der Schuldenbremse um acht Milliarden Franken zugenommen – seit 1990 hat sie sich mehr als verdreifacht (von 38 Milliarden auf 130 Milliarden Franken im Jahr 2006). Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, Artikel 55 des neuen Finanzhaushaltsgesetzes unverzüglich, spätestens aber auf Januar 2008, in Kraft zu setzen.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat nimmt die Motion an.

#### <sup>5</sup> Motion (06.3190) von Nationalrat Heiner Studer (EVP/AG) zu Ökologische Steuerreform

Worum es geht: Die weltweite

Ölverknappung mit entsprechenden Preissteigerungen ist schneller Tatsache geworden, als es Erdölwirtschaft und Bundesrat noch vor kurzem wahrhaben wollten. Die Situation wird sich nicht entspannen, sondern rasch noch verschärfen. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, den eidgenössischen Räten so bald wie möglich eine Vorlage für die Einführung einer ökologischen Steuerreform zu unterbreiten.

Antwort des Bundesrates: Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Er erachtet eine erneute Diskussion über eine ökologische Steuerreform zurzeit nicht als opportun. Zustimmung fanden jedoch die klimapolitischen Ziele. Am 1. Mai 2000 trat das CO<sub>2</sub>-Gesetz in Kraft, welches verlangt, dass die CO-Emissionen von fossilen Energien bis ins Jahr 2010 gesamthaft um 10 Prozent gesenkt werden.

Die Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen ist ein wichtiger Schritt in Richtung vermehrter fiskalischer Anreize zur Ressourcenschonung. Nach Vorliegen der ersten Erfahrungen bezüglich Wirkung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und des geänderten Mineralölsteuergesetzes muss die Frage nach allfälligen weiteren Schritten erörtert werden.

### Dossier 4: Umwelt und Infrastruktur

■ Die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Energieversorgung sicherer gestalten<sup>6</sup>

■ Die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig erhalten.<sup>7</sup>

#### <sup>6</sup> Interpellation (06.3234) von Nationalrat Reto Währli (CVP/SZ) zu Holzheizungen unter Druck

Worum es geht: Seit verganginem Winter hat die Holzenergie- und Holzheizungsbranche in der Öffentlichkeit ein Problem. Holzheizungen gehören zu den Quellen von Feinstaub und produzieren neuen Studien zufolge acht Pro-

zent der Feinstaubemissionen in der Schweiz. Das ist zu viel, denn die Holzenergie macht am Wärmemarkt nur einen Anteil von sechs Prozent aus. Welche Forschungsbemühungen sind zur Reduktion der Staubbelastung bei Holzfeuerungen momentan im Gange?

*Antwort des Bundesrates:* Gemäss Konzept der Energieforschung des Bundes wird in diversen Projekten, in Zusammenarbeit mit der Industrie, an der Verbesserung der Partikel- und NO<sub>x</sub>-Emissionen gearbeitet. Die Feinstaubemissionen konnten bereits durch technische und kommunikative Massnahmen stark reduziert werden, sind aber noch weiter zu senken. Dies gilt besonders für alte und falsch betriebene Anlagen. Moderne, richtig betriebene Holzheizungen sind nicht Teil des Feinstaubproblems.

#### <sup>7</sup> **Interpellation (06.3394) von Nationalrat Felix Gutzwiller (FDP/ZH) zu Förderung der rollenden Landstrasse**

*Worum es geht:* Die Gotthardachse bewältigt rund 80 Prozent des Strassentransitverkehrs. Nach der Sperrung dieser wichtigsten Transportachse infolge der akuten Steinschlaggefahr hat sich die öffentliche Diskussion auf Alternativen im Bereich Strassenverkehr fokussiert. Dagegen wird der Schienenverkehr kaum in Betracht gezogen. Wie wird sich nach Ansicht des Bundesrates die Inbetriebnahme der beiden Neat-Basistunnels auf die Kapazitäten sowohl im Güter- wie auch im Personenverkehr auswirken?

*Antwort des Bundesrates:* Wie mit der FinöV-Vorlage von 1998 angestrebt, wird mit der Inbetriebnahme der Neat eine Kapazitätserhöhung auf den alpenquerenden Achsen erreicht. Im Rahmen der «Zukünftigen Entwicklung der Bahnprojekte» (ZEB) sowie im Kontext der «Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achsen des schweizerischen Schienennetzes und zur Trassensicherung für die zurückgestellten Neat-Strecken» werden die konkreten Trassenverfügbarkeiten entlang der schweizerischen Nord-Süd-Achsen fahrplangenaue analysiert und entsprechende Massnahmen zur optimalen Nutzung der Kapazitäten des Gotthard-Basistunnels entwickelt.

**Dossier 5: Informationsgesellschaft, Statistik und Medien**  
■ Die Informationsgesellschaft gestalten und fördern<sup>8</sup>

#### <sup>8</sup> **Interpellation (06.3369) von Nationalrätin Evi Allemann (SP/BE) zu Internet-Domain Schweiz.eu und andere**

*Worum es geht:* Offenbar hat der Bund es nicht geschafft, die Schweizer Domains in diversen Sprachen mit .eu-Endung zu ergattern. Warum nicht?

*Antwort des Bundesrates:* Die Vergabe von Domainnamen unter einer Top-Level-Domain (TLD) erfolgt regelmässig nach dem Prinzip «first come first served». Bei der Registrierung von .eu-Domains stellte sich bald heraus, dass die von der EG-Kommission hierfür erstellten Verordnungen gewisse Lücken aufwiesen und auch Städte in EU-Mitgliedstaaten ihre Namen nicht registrieren konnten. Internationale Bestrebungen zum Schutz von Länderbezeichnungen blieben bisher ohne Erfolg. Als Nicht-EU-Mitgliedstaat ist die Registrierung von .eu-Domains für die Schweiz mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Den diplomatischen Bemühungen von Schweizer Seite um Schutz ihrer offiziellen und allgemein gebräuchlichen Bezeichnungen wurde mit Verweis auf die entsprechenden EG-Verordnungen nicht entsprochen. Zumindest gelang es, die Länderbezeichnung «Schweiz» in den meisten Amtssprachen der EU registrieren zu lassen.

#### **Dossier 6: Staatliche Institutionen**

■ Die Handlungs- und Reformfähigkeit des Staates verbessern<sup>9</sup>

#### <sup>9</sup> **Interpellation (06.3073) von Nationalrat Hans Stöckli (SP/BE) zu Verhaltensregeln des Bundesrates beim Kollegialprinzip**

*Worum es geht:* Nach welchen Verhaltensregeln handhabt er das Kollegialprinzip? Welche Spielregeln gelten vor allem bei Meinungsdivergenzen unter den Mitgliedern der Kollegialbehörde? Wie gedenkt er, vorhandene Differenzen unter seinen Mitgliedern künftig gegen aussen zu kommunizieren? Besteht ein Konsens im Bundesrat betreffend diese Verhaltensregeln, über die Art und Weise, wie er die Kollegialität handhaben und wie er sie auslegen will?

*Antwort des Bundesrates:* Der Bundesrat hat schon wiederholt ausgeführt, was Kollegialität bedeutet, nämlich dass der Bundesrat die verschiedenen Standpunkte hinter verschlossenen Türen diskutiert und dass er, wenn die Entscheidung einmal getroffen ist, diese mit einer Stimme kommuniziert. Meinungsverschiedenheiten

zwischen den Mitgliedern des Bundesrates sollen ausschliesslich in den Beratungen innerhalb des Kollegiums artikuliert werden; eine einmal getroffene Entscheidung ist von allen Mitgliedern des Bundesrates mitzutragen.

Konsens, d. h. ein gemeinsamer Standpunkt, muss per definitionem stets aufs Neue gesucht werden. Es gibt kein Patentrezept, wie das Kollegialprinzip in die Tat umzusetzen wäre. Die Kollegialität hängt vom Willen der Mitglieder des Kollegiums, solidarisch zu sein, und von ihrem individuellen Verhalten ab.

#### **Dossier 7: Raumordnung**

■ Eine ausgewogene und nachhaltige räumliche Entwicklung sicherstellen<sup>10</sup>

#### <sup>10</sup> **Interpellation (06.3207) von Nationalrat Jean-René Germanier (FDP/VS) zu Kriterien für die Definition der Fremdenverkehrs-orte**

*Worum es geht:* Der Sachplan Verkehr, den der Bundesrat am 26. April 2006 gutgeheissen hat, wurde zur Kenntnis genommen. Kann der Bundesrat erklären, warum die Tourismusregionen auf willkürliche Weise unterschiedlich behandelt werden?

*Antwort des Bundesrates:* Der Sachplan Verkehr wertet den Tourismus im Alpenraum West (im Kern der Kanton Wallis) und im Alpenraum Ost als wichtigen Wirtschaftszweig. In den weiteren Teilräumen ist der Tourismus im Verhältnis weniger dominant und deshalb nicht ausdrücklich hervorgehoben. Die Fertigstellung der Nationalstrasse A9 und die Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels werden für die grossen Tourismusregionen des Alpenraums West zu einer deutlichen Verbesserung der Erreichbarkeit führen. Dies trifft in diesem Ausmass nicht für den Alpenraum Ost und für das Berner Oberland zu. Folglich ist die Priorität im Alpenraum Ost und im Teilraum Bern eine Stufe höher bewertet als im Alpenraum West.

#### **Korb 2** **Die demografischen Herausforderungen bewältigen**

#### **Dossier 8: Soziale Sicherheit und Gesundheit**

■ Die Sozialwerke zukunftsfähig ausgestalten<sup>11</sup>

<sup>11</sup> **Postulat (06.3253) von Nationalrat Louis Schelbert (GPS/LU) zu Vereinheitlichung statt Konkurrenz in der sozialen Sicherheit**

*Worum es geht:* Nationalrat Schelbert verlangt u. a., dass der Bundesrat eine Expertenkommission einsetzt, die grundsätzlich die Vereinheitlichung der sozialen Sicherheit durch eine generelle Versicherung prüft und allenfalls Vorschläge für eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordination sowie einer zentralen Steuerung der bestehenden sozialen Versicherungssysteme unterbreitet.

*Antwort des Bundesrates:* Der Bundesrat lehnt das Postulat ab. Die Forderung der Koordination und zentralen Steuerung der sozialen Sicherungssysteme ist nicht im angestrebten Sinn realisierbar, weil sie wesentliche Aspekte der heutigen Struktur der sozialen Sicherheit verkennt.

#### **Dossier 9: Gesellschaft, Kultur und Sport**

■ Die Kulturpolitik neu ordnen und positionieren<sup>12</sup>

#### <sup>12</sup> **Interpellation (06.3043) von Nationalrat Reto Wehrli (CVP/SZ) zu Unterstützung kulturell tätiger Laien. Kriterien**

*Worum es geht:* Das Spiel ist ein wichtiges Mittel, u. a. um kulturelle Grundfähigkeiten wie Lesen und Schreiben zu erlernen. Die zahlreichen, meist ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ludotheken sind in dem Sinne kulturell tätige Laien, die von ihrem Dachverband – dem Verein der Schweizer Ludotheken (VSL) – unterstützt werden. Warum entsprechen sie trotzdem nicht den Anforderungen für die Unterstützungswürdigkeit?

*Antwort des Bundesrates:* Mit den neuen Richtlinien wurde der Kreis möglicher Empfänger im Sinne eines enger gefassten Kulturbegriffes verkleinert. Deshalb werden u. a. im Bereich von Vermittlung und Pädagogik tätige Organisationen nicht mehr unterstützt. Zudem vertritt der VSL weder professionelle Kunstschaffende noch kulturell tätige Laien (Art. 1 Abs. 1 der Richtlinien), sondern Institutionen (Ludotheken).

(Die Fortsetzung dieser Vorstösse nach Sachgebieten finden Sie in der ASMZ 1/2007.) ■